Lecha Caunty Patriot.

Allentaun, Pa., September 15. 1868.

Republikanische Ernennungen.

Für nächster President:

Ulysses S. Grant,

General der Armee der Vereinigten Staaten.

Für Vice-President:

Schuyler Colfax,

Von Indiana.

Für Auditor General:

Major General J. F. Hartranft,

von Montgomery Caunty.

Für Landmesser General:

Colonel J. M. Campbell,

von Cambria Caunty.

Wahltage, Dienstag, 13. October und am 10. November, 1868.

Für Presidenten-Erwähler:

Senatorial-Erwähler:

G. Morrison Coates, von Philadelphia,
Thomas M. Marshall, von Pittsburg.

Representative - Erwähler:

1. William H. Barnes,	13. Samuel Snow,
2. William J. Pollock,	14. B. F. Wagenseller,
3. Richard Wilder,	15. Charles H. Muller,
4. George W. Hill,	16. George W. Elser,
5. Watson P. McGill,	17. John Stewart,
6. John H. Bringhurst,	18. J. G. Olmstead,
7. Franklin Hooter,	19. James Sill,
8. Isaac Eckert,	20 Henry C. Johnson,
9. Maris Hoopes,	21. J. K. Ewing,
10. David M. Rank,	22. William Trew,
11. William Davis,	23. A. W. Crawford,
12. Wmth. W. Ketcham,	24. J. S. Rotan.

Republikanisches Caunty-Ticket.

Für Congreß:
Capt, J. R. Breitenbach, Norristown.
Für die Gesetzgebung:
William H. Glace, von Catasauqua.
Daniel D. Jones, Slatington.
Für Gehülfs-Richter:
Samuel J. Kistler, von Heidelberg.
Für Scheriff:
Walter H. Seip, von Allentown.
Für Distrikt-Anwalt:
William H. Deschler, von Allentown.
Für Recorder:
William J. Haines, von Allentown.
Für Caunty-Commissioner:
Jonas Kern, von Waschington.
Für Armen-Director:
Joseph Gaumer, von Ober-Milford.
Für Caunty-Landmesser:
Edward Kohler, von Northwhitehall.
Für Auditor:
Theodore H. Green, von Hokendauqua.
Für Trustees:
William S. Young, sen., Allentown.
W. W. Weaver, do.

Die südlichen Feuerfresser Kühlen ab.

Der „New York Herald" vom letzten Mitwoch enthält den folg. Artikel:

Wir veröffentlichten Verhandlungen von Zusammenkünften mit solchen südlichen Anführern wie Gen. Forrest, und berichteten Reden, welche von Gen. Wade, Hampton und anderen gehalten wurden, in welchen sie ihre lasterhaften und aufreizenden Bemerkungen, die sie bei ihrer Rückkehr von der Tammacy Convention gemacht, zu erklären und zu entschuldigen suchen. Es kann deutlich wahrgenommen werden, daß diese südlichen Feuerfresser etwas kühler werden. Sie haben die Thorheit eingesehen, die sie bei dem Versuch machten, „das südliche Herz anzufeuern", welches todt ist wie ein Feuerstein und dem der nothwendige Stahl fehlt, und fangen an zu begreifen, daß sie eine feindliche Saite berührten in der Gesinnung des Nordens, deren Schwingungen durch den ganzen Osten und Westen gefühlt werden. Nun möchten sie gerne ausweichen, zurücknehmen, ihre eigenen Worte verleugnen, sie verschlucken. Aber es ist zu spät. Ihr Widerruf hilft nichts mehr. Sie können die Gehässigkeit dieser Reden nicht mehr beseitigen. Die südlichen Demokraten glaubten Elephanten zu besitzen in Wade Hampton, Forrest, Bob Toombs, Howell Cobb, Ben Hill und anderen dieses Gelichters, und finden nun aus, daß ihnen dieselben ebenso nutzlos sind, weil sie weiß sind.

Der Norden, Osten u. Westen werden das Geschäft der Präsidentenwahl schon besorgen, und wird es zum Vortheil von Grant ausfallen, und zwar mit einer Mehrheit welche als eine heilsame Lehre dienen und ein Tadel sein wird gegen die südlichen Heißsporne, welche lieber zerstören würden, als nicht zu herrschen.

Die Wahl in Vermont.

Wie wir in unserer letzten Nummer den Lesern bereits mittheilten, haben die Republikaner bei der kürzlich stattgehabten Wahl in Vermont nicht nur einen glänzenden Sieg errungen, sondern war ihre Mehrheit sogar um 10,000 größer als bei der vorhergehenden Wahl. Seitdem eingegangenen officiellen Berichte bestätigen sich diese Angaben auf das unbestreitbarste. Wenn man jedoch eine kupferfarbige Zeitung zur Hand bekommt, so sollte man glauben, daß gerade das Umgekehrte stattgefunden. Sie suchen ihren Treuen weiß zu machen, die Republikaner haben nicht nur an Stimmenzahl verloren und die Demokraten um einige Tausend gewonnen, sondern der ganze Radikalismus gehe den „Krebsgang". Mit einem „solchen Krebsgang" sind wir herzlich zufrieden, und zeigen die nun bald folgenden Wahlen ein gleiches Resultat, so sind die Wünsche auch der heißesten Radikalen erfüllt.

Es war aber auch ein zu harter Schlag für die Demokraten, denn er kam zu unerwartet; ein Donnerschlag aus heiterem Himmel.

Wenn die republikanische Mehrheit nur um 100 Stimmen abgenommen hätte, so hätten sie doch wenigstens prahlen können, aber „10,000 mehr, das ist denn doch zu arg. Diese Zahlen werden von dem dummsten Demokraten, wenn er auch „nicht lesen kann", verstanden und lassen sich nicht entstellen. Alleb Lügen und Verdrehen der Thatsachen wird ihnen nichts mehr helfen. Das Volk weiß, was es haben will, und nichts kann es mehr von seinem Willen abbringen.

Ernst im Süden und Humbug im Norden.

In einer der letzten Nummern des „Fortschritt" findet man folgende gelungene Charakteristik der nördlichen und südlichen Demokratie von Far West. Derselbe schreibt:

Ein theilnahmvolles Lächeln kann ich nicht unterdrücken, wenn ich in dieser Zeit südliche demokratische Blätter durchlese. Diesen Leuten ist es ein Ernst mit ihrer Selbsttäuschung; sie haben gekämpft, schwer gelitten, das bittere Gefühl der Besiegten seit Jahren in sich getragen und klammern jetzt überzeugt, enthusiastisch und leidenschaftlich an dem Gedanken sich fest, daß Seymour und Blair die verlorene Herrlichkeit ihnen zurückgeben, alle Uebel der neuen und ungewohnten Lage ihnen wieder abnehmen werden. Wie bald wird dieser Wahn zerstieben!

Nehme ich dagegen ein nördliches Copperheadblatt zur Hand, so dünkt mir, ich sehe vor mir die lange Nase (figürlich gemeint), die höhnischen Augen des Schreibers, welche zu sagen scheinen: wir wissen ja gut genug, daß wir nur Humbug treiben, daß wir nicht allein die Massen irre führen, sondern uns unter einander selbst betrügen wollen; aber das ist unser Geschäft, von dem wir leben; wir wissen ja (haltet uns nicht für so dumm, daß wir das nicht begreifen sollten), daß wir den mächtigen Strom nicht aufhalten können; wir zeigen dies-ja dadurch, daß wir immer nach 2 oder 4 Jahren genau in die Position einrücken, aus welcher die Fortschrittspartei in weiterem Vordringen sich entfernt hat, und benützen das von derselben zurückgelassene Rüstzeug; aber es muß ja auch solche Käuze geben, welche beständig rufen: „Bis hierher und nicht weiter!" indem sie jedoch schon den Fuß erhoben haben, um der lustig voran eilenden Schaar brummend und schimpfend nachzuhinken.

Unter den Südländern giebt es, wie gesagt, ehrlich sich selbst Täuschende; aber sollten den Verständigeren unter ihnen nicht auch Bedenken kommen bei den Widersprüchen, in welche sie sich selbst verwickeln? Ihre Hauptbeschwerde ist ja doch, daß der Farbige jetzt Theil nimmt an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, und ihr erstes Wort ist Klage über die Unfähigkeit, Dummheit, Rohheit und Schlechtigkeit der Schwarzen. Zu gleicher Zeit aber ziehen sie eben diese so niedrig gestellten Nigger heran, um mit ihrer Hilfe denselben die Rechte wieder zu entziehen, welche der Congreß ihnen zu bewilligen für nöthig erachtete; der Neger soll helfen, sich selbst rechtlos zu machen.

Schwarze wurden zur Convention nach New York geschickt, welche bekanntlich das Negerstimmrecht für eine Ungeheuerlichkeit erklärte, und in No 42 der „Charlestoner Zeitung" lese ich in der Schilderung einer großartigen demokratischen Demonstration (Ratification der Thaten in New York): „Um ungefähr 8 Uhr versammelten sich die vier demokratischen Ward-Clubs, der Juvenile demokratische Club und der „demokratische Club der Farbigen" mit Fackeln, Transparenten 2c."

Ist es Wahn der durch Leidenschaft Bethörten, oder ist es boshafter Hohn, daß man Clubs, der so verächtlich Behandelten, der Betheiligung am politischen Treiben für unfähig erklärten Neger sich organisiren läßt, um sie dem demokratischen Grundsatze zujauchzen zu lassen: „Nur der weißen Rage gehört das Stimmrecht, mag sie auch aus Hochverräthern bestehen!"

Schwarze demokratische Clubs! Ein köstlicher Gedanke! — Ein „schwarzer Demokrat" (im hiesigen Sinne) ist allerdings ein Armuthszeugniß für einen Theil dieser Rage; wenn aber die Weißen solche Beschränktheit zu ihren Zwecken ausbeuten, also wissentlich den unwissenden Neger betrügen, so ist das Schlimmeres als geistige Armuth. Jeden Schwarzen von der demokratischen Demonstration wegweisen, das allein wäre ehrlich und consequent gewesen.

Mehr Republikanische Siege.

Colorado und New Mexico sind in ihrer Wahl dem schönen Beispiel von Vermont gefolgt. Bei den am letzten Dienstag in diesen Territorien abgehaltenen Wahlen, haben die Republikaner mit verstärkter Mehrheit gesiegt. In Colorado wurde der Republikaner Allen A. Bradford, als Congreß Delegat für dieses Territorium mit einer großen Mehrheit erwählt. Alle Caunties zeigten eine starke Zunahme republikanischer Stimmen, und die Gesetzgebung wird überwiegend republikanisch sein. In New Mexico wurde eine neue Gesetzgebung erwählt, und besteht dieselbe aus zwei Drittheilen Republikanern. So haben zwei vielversprechenden zukünftige neue Staaten des fernen Westens gezeigt, wofür sie von der Demokratie denken, und zunächst wird das Volk von Maine seine Stimme erheben und einstimmen in den allgemeinen Verdammnungsdruf gegen die verhaßte Rebellen Demokratie einstimmen. Der Himmel zeigt sich überall klar und hell und nichts wird den Lauf der Freiheit mehr aufhalten können.

☞Philadelphia, Pa., 8. Sept. Es ist so eben eine furchtbare Mordthat an das Licht gekommen. Am Samstag Abend saß das sechsjährige Mädchen Mary Marman, das bei ihren Eltern im nördlichen Theil der Stadt wohnt, mit ihrer Mutter vor dem Haus, als ein fremder Mann herantrat und nach der Richtung irgend einer Straße fragte. Die Mutter gab ihm das Kind zum Führer, um ihm den Weg zu zeigen. Das Mädchen hatte nur wenige Schritte weit mit dem Fremden gehen sollen, aber es kam nicht mehr zurück. Keine Spur ließ sich von dem Kind mehr entdecken, bis mán heute dessen Leichnem in einem Weiher fand. Das Mädchen war geschändet worden, ein Arm war ausgerenkt und an einigen Stellen zeigte der Körper mehrere Schnittwunden.—Von dem Mörder hat man auch nicht die leiseste Spur zu entdecken vermocht.

Die kommende Wahl.

Je näher der Wahltag herankommt, um so mehr kann man sehen, wie unsere Gegner von Tag zu Tag besser überzeugt werden, daß sie nichts mehr von einer schimpflichen Niederlage retten kann, und die ohnmächtige Wuth, die aus allen Berichten demokratischer Zeitungen blickt, zeigt deutlich, daß die demokratische Partei nur noch kümmerlich ihr Leben fristet. Das unmenschliche Geheul, welches die teuflischen Rebellen ausstießen, und wodurch sie das freie Volk des Nordens einzuschüchtern suchten, wurde von diesem Volke mit männlicher Entschlossenheit zurückgewiesen und verstummt nun immer mehr, und schon fangen die demokratischen Zeitungen, die bis jetzt nur ehrlose Verläumdungen über Gen. Grant zu verbreiten suchten, an zu gestehen, daß er doch auch gute Eigenschaften besitzen kann. Von Tag zu Tag sehen sie besser ein, daß das Volk keine Lust zeigt, eine Partei zu unterstützen, die, wie allbekannt, auf den Umsturz der Regierung hin arbeitet und durch ihr Streben allen Interessen des Landes schadet, und die, wenn sie an's Ruder käme, alle Geschäfte ruiniren und alle Schichten der Bevölkerung an den Bettelstab bringen würde.

Revolutionen gehen niemals rückwärts und die Nation, welche durch ihre Moralität und ihre Intelligenz sich veranlaßt sah, die Sklaverei aufzuheben, wird nicht zugeben, daß die Regierung in die Hände derjenigen kommt, die früher gegen sie waren.

Was Boyer sagt und was das Volk antwortet.

Letzten Mitwoch hielten die Demokraten eine Versammlung, bei welcher der gegenwärtige Mißrepräsentant dieses Distrikts im Congreß, B. M. Boyer, eine Rede hielt. Hören wir was er sagt und was das das Volk darauf antwortet.

Boyer sagt: „Gegenwärtig ist ein großer Impeachmentprozeß im Gange. Angeklagter ist die radikale Partei. Anklägerin ist die demokratische Partei. Der Richter im hohen Gericht ist das souveräne Volk. Die Anklage lautet auf schwere Vergehen und Mißverhalten Derjenigen, welche die Controlle unserer Regierung in Händen haben."

Das souveräne Volk spricht: „Die Anklage der demokratischen Partei beruht auf Lügen und Meineid, und ist dieselbe mit ihrer ungerechten Klage abgewiesen."

Weiter sagt Boyer: „Es ist eine der hauptsächlichsten Fragen, ob die in der Macht befindliche Partei auch ferner mit der Verwaltung unserer finanziellen Angelegenheiten betraut werden kann?"

Das Volk antwortet: „Ja, so lange diese Partei die Verwaltung unserer finanziellen Angelegenheiten so ehrlich wie bisher fortführen wird, so lange soll sie in Macht bleiben."

Ferner sagt Boyer: „Er sei nicht gekommen, den Candidaten der Gegenpartei, Gen. Grant, anzugreifen."

Das Volk aber sagt: „Nur immer angegriffen, wir werden ihn schon vor solchen niedrigen Angreifern schützen."

Boyer sagt weiter: „Das Motto der demokratischen Partei seien Prinzipien."

Worauf das Volk antwortet: „Wir kennen eure Prinzipien, ihr habt sie deutlich in eurer Plattform ausgesprochen. Wir verabscheuen jedoch eure Prinzipien, wir verlangen Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen, und werden niemals zugeben, daß die Feinde unseres Landes über uns herrschen werden."

Sonst und jetzt.

Seit der Nomination des Gen. Grant verging kein Tag, wo nicht die Rebellenpresse des Nordens in Verdächtigungen des republikanischen Präsidentschafts-Candidaten mit der Rebellenpresse des Südens wetteiferte. Menschenschlächter, Butcher, Gerbergeselle, Säufer und wie all die sonstigen Ehrentitel heißen, die ein guter Demokrat zu Nutz und Frommen seiner Partei verwenden muß, sind stereotype Ausdrücke für denselben Mann, der im vergangenen Jahre von derselben Presse so unendlich hoch gehalten und gegen die Angriffe einige seiner damaligen radikalen Gegner in Schutz genommen wurde.

Freilich schmeichelte man sich damals noch mit der Hoffnung, Grant werde die demokratische Präsidentschafts-Candidatur annehmen. Es war im Vergleich zu jetzt eine schöne Zeit für die demokratische Partei, eine Zeit, wo sie Frühlingswehen und Knospendurchbruch zu verspüren glaubte, eine Zeit, wo sie träumte, mit einer jungen Partei schwanger zu gehen, eine Zeit, wo die „N. Y. Staatszeitung" Leitartikel schrieb, deren einer, in der am 16. August 1867 erschienenen Nummer abgedruckt, folgendermaßen beginnt:

„Während einige der besonnenen und gemäßigten radikalen Blätter die Annahme des Postens eines Kriegs-Ministers ad interim durch Gen. Grant aus der Verpflichtung desselben, dem Befehle seines Vorgesetzten Folge zu leisten, zu erklären suchen, benutzt der Rest dieser Presse eine längst gewünschte Gelegenheit, den „Bezwinger der Rebellion" zu verdächtigen und ihn in den Augen des ihn hochachtenden und vertrauenden Volkes herabzusetzen."

Der Artikel schließt ferner mit folgender Expectoration:

„Anlangend eine prospective Candidatur des Generals für das höchste Amt wird darum dessen Verhalten in dem gegenwärtigen Cabinet Imbroglio seine Aussichten nicht sowohl schwächen oder vermindern, sondern das Gegentheil bewirken, denn alle nicht mit blindem Parteieifer geschlagenen Bürger werden auch aus diesem Verhalten Grant's nur den Schluß ziehen, daß er ein unter allen Umständen treu ergebener und zuverlässiger Diener des Volkes und der Republik ist, der gegebenen Falles just der Mann, um welchen alle Die sich schaaren können, die eine Zurückweisung blinden und zügellosen Partisanenthums als unerläßlich für den zukünftigen Frieden und die Wohlfahrt des ganzen Landes erachten."

Entweder die Leser der „Staatszeitung" bequemen sich zu dem von ihr aus jenem Verhalten Grant's gezogenen Schluß, daß er, Grant, unter allen Umständen ein treu ergebener und zuverlässiger Diener des Volkes und der Republik ist, der gegebenen Falles just der Mann, um welchen alle Die sich schaaren können, die für die künftige Wohlfahrt der Republik eine Zurückweisung zügellosen Partisanenthums für nothwendig erachten, oder — sie sind mit blindem Parteieifer geschlagen, glauben wirklich, der „Bezwinger der Rebellion" sei seit seiner Nomination zum republikanischen Präsidentschafts-Candidaten ein „experter Menschenschlächter" geworden, der als ehemaliger Gerbersgeselle consequenter Weise auch die Häute der Geschlachteten für den Markt zubereitet.

Nun, Grant's Methode der Wholesale Gerberei wird sich, so wie früher, auch bei der nächsten Gelegenheit auf's Neue als praktisch erproben, wie Sachkenner versichern, wohl in so brillanter Weise, daß der Marktbericht der „N. Y. Staats-Zeitung" an und nach dem 5. November etwa lauten wird:

„Ochsenhäute: gegerbte, einheimische, Markt überfüllt." (N. Y. Dem.)

Die Wahl in New-Mexiko. Eine Depesche von Santa Fe sagt, daß die Wahl für die Legislatur republikanisch ausgefallen sei und daß die Legislatur zu zwei Dritteln republikanisch sein wird.

Unsere gesellschaftliche Gefahr.

Die Geschichte der Völker bietet uns das Schauspiel eines steten Wechsels zwischen zwei sich gegenseitig aufhebenden Weltperioden, welche ein französischer Socialist die organische und die kritische Zeit nennt.

Wenn dieser Philosoph Recht hat, so leben wir hier in Amerika jetzt augenscheinlich in der „kritischen Zeit." Alles das, was die Vergangenheit geschaffen hat, soll jetzt die Probe der Kritik des Lebens bestehen und entweder sein Dasein quittiren oder geläutert zu einem kräftigeren Leben erblühen.

Nach der Anlage unseres politischen und socialen Lebens ist für uns die freieste Form der Gesellschaft, die man sich dem Princip aller Freiheit nach denken kann, bestimmt. In der That, was kann alle Philosophie der Freiheit mehr verlangen, als die volle rechtliche Freiheit aller Individuen—die Möglichkeit, durch eigene That zu den Gütern zu gelangen—Freiheit des Erwerbs und die ausschließliche Bestimmung der äußeren gesellschaftlichen Ordnung durch die Güter, das Produkt der freien ungehinderten Thätigkeit eines Jeden?

Das Leben unsrer Gesellschaft scheint sich jetzt in seiner „kritischen Zeit" zu befinden. Wir sagen das nicht deshalb, weil unsere faktischen Zustände Ungleichheit aufweisen, sondern deshalb, weil wir die Erfahrung machen müssen, daß die Möglichkeit von Jahr zu Jahr eine geringere wird, durch eigene That zu den Gütern zu gelangen, die Möglichkeit des freien Erwerbes.

Wir haben oben gesagt, daß in Folge absoluter Erwerbsfreiheit die vortheilhafte Benutzung individueller Verhältnisse Einzelnen einen Vorsprung vor den Uebrigen geben wird. Es werden selbst im Bereich dieser freiesten aller Gesellschaftsformen sehr bald Reiche und Arme entstehen. Dies schadet auch nicht, so lange der Weg zur Wohlhabenheit für Alle gleich offen daliegt und der Arme eben auf demselben Wege zum Reichthum gelangen kann, der auch den Reichen dorthin geführt hat.

Es wird aber selten ausbleiben, daß die Reichgewordenen sehr bald danach streben werden, jenen Weg zum Gütererwerb zu erschweren.

Und in diesem Stadium gesellschaftlicher Entwicklung befinden wir uns jetzt in Amerika und ist es unsere Aufgabe, dem siegreichen Abschluß dieses Stadiums vorzudeugen. Die Frage, ob wir dies werden im Stande sein, birgt die sociale Gefahr unsrer Gesellschaftsordnung, welche untergehen muß, wenn uns die Lösung der Aufgabe nicht gelingt.

Wenn der Reiche sein Geld dazu verwendet, sich das Leben so angenehm wie möglich zu machen, wird Niemand etwas dagegen haben; wenn er aber mit der Macht, welche ihm der Reichthum gewährt, in einem Gebiete eine Herrschaft zu erstreben sucht, mit welcher in einem freien Lande der Reichthum als solcher nichts gemein hat, so ist das ein Uebergriff, den die übrigen Gesellschaftsclassen abwehren müssen. Das erste Gebiet, in welches der Reichthum über seine naturgemäßen Grenzen überzugreifen sucht, ist die Politik. Hier ist es zu allererst, wo der seiner naturgemäßen Grenzen nicht mehr bewußte Reichthum Macht und Uebergewicht zu erlangen sucht, wozu er desto mehr wieder von Seiten der Politik in einem Lande wie Amerika verleitet wird, wo auf Grund der volkswirthschaftlichen Anlage seiner Gesellschaft Alles nach Reichthum strebt.

Die Mittel, welche der Reichthum in Amerika angewendet hat und immer mehr anwendet, sich zu monopolisiren und Anderen den Erwerb zu beschränken, sind politische. Er hat seine Macht mißbraucht und mißbraucht er dieselbe von Jahr zu Jahr mehr, sich der politischen Herrschaft zu bemächtigen, d. h. die Gesetzgebung und die Beamten durch seine Macht zu beeinflussen.

Auf diese Weise schafft sich der Reichthum Monopole und zwar sowohl Monopole im engeren Sinne des Wortes (Eisenbahnconcessionen, Passageprivilegien, Landschenkungen und dergl.) als auch, was noch viel gefährlicher ist, Monopole in der weiteren Bedeutung dieses Wortes, welche auf mittelbare Weise den Erwerb erschweren, das Halten des Erworbenen, die Erlangung eines Besitzes beinahe zur Unmöglichkeit machen, die Erwerbsfähigkeit der Arbeit gegenüber der des Geldkapitals herabdrücken.

Angesichts dieser Mittel, deren sich das Geld-Capital bedient, sich zu monopolisiren und auf Grund dieses Monopols eine abgeschlossene Kaste zu schaffen, ergibt sich das Gegenmittel von selbst. Es ist die energische, wohlüberlegte Betheiligung der Nichtreichen an dem politischen Leben, um politisch entgegenzuwirken dem politischen Druck, welchen der Reichthum auf die Gestaltung unsrer Verhältnisse auszuüben droht.

Keiner soll das politische Terrain den Reichen überlassen und mit aller Macht ankämpfen gegen Gesetze, welche den Reichen reicher, und den Nichtbesitzenden ärmer machen.

Unsere gesellschaftliche Gefahr sind die Monopole, wie wir solche oben beschrieben haben.

Gleichmäßige Besteuerung

Dies ist gegenwärtig ein Lieblingswort der Demokraten. Es ist damit gemeint, daß die Besitzer von Bonds gleichfalls besteuert werden sollen, trotzdem daß eine solche Forderung im Widerspruch mit dem Buchstaben des Gesetzes steht. Die Chicago „Tribune" weist nun in einem Artikel nach, welches die Folgen dieser „gleichmäßigen" Besteuerung sein würden.

Sie schätzt das gesammte steuerbare Eigenthum der Ver. Staaten auf $35,000,000,000. Davon sind ungefähr drei Achtel, oder $13,000,000,000 in Farmländereien angelegt und etwa $3,000,000,000 in Vieh, Maschinen, Ackergeräthschaften u. s. w. Die Ver. Staaten Bonds, belaufen sich auf die Summe von $2,100,600,000 Gegenwärtig wird keine Steuer von dem Land, den Maschinen, Geräthschaften oder den Vieh des Farmers erhoben, so wenig wie von den Bonds. Die Demokraten aber verlangen eine „gleichmäßige Steuer" von Allem. Nun belaufen sich die für die Verwaltung nöthigen Ausgaben mit Einschluß der Zinsen für die Nationalschuld auf $35,000,000 jährlich oder 1 Prozent des gesammten steuerbaren Eigenthums. Es wird somit die Steuer auf Bonds $21,000,000 abwerfen, während die Steuer auf das Land Vieh u. s. w. des Farmers $160,000,000 eintragen wird. Praktisch stellt sich also die „gleichmäßige Besteuerung" so heraus, daß die Farmer eine Steuer von $160,000,000 bezahlen sollen, die sie jetzt nicht bezahlen nur damit auch die Besitzer von Bonds—im Widerspruch mit den Contrakten—auch einer Steuer unterworfen werden.

Und was liegt der ganzen Agitation zu Grunde? Die Demokraten hassen die Inhaber von Bonds, weil sie in der Zeit der Noth der Regierung Geld zur Bekämpfung der Rebellion vorstrekten. Vollständig richtig sprach kürzlich ein südlicher Redner die Ansichten der demokratischen Partei in diesen Worte aus: „Ich möchte vor allen Dingen die Bonds besteuern, nicht sowohl deshalb, weil sie Eigenthum, sonders weil sie das Geld repräsentiren, welches für den nichtswürdigsten und unheiligsten Krieg hergegeben würde."

☞Ein wohl unterrichteter Politiker in Ohio stellt die Aussichten für die nächste Wahl im Westen wie folgt hin. Er sagt: West-Virginien, Kentucky, Tennessee, Ohio, Indiana, Illinois, Michigan, Wisconsin, Minnesota, Iowa, Missouri, Kansas und Nebraska geben 121 Electoralstimmen. Kentucky allein wird demokratisch gehen, mithin sind von 121 Stimmen, die diese Staaten abzugeben haben, 111 für Grant.

Gespräch mit Gen Longstreet.

Wir theilen hier ein Gespräch mit, welches vor kurzer Zeit der frühere Rebellen-General Longstreet mit einem Berichterstatter der N. Y. „Tribune" geführt hat, und welches beweist, daß es im Süden auch noch ehrliche Männer gibt, welche, ihren früheren Irrthum einsehend, nun bereit sind, dazu beizutragen, daß wieder Frieden und Ordnung in unserem Lande herrschen sollen. Das Gespräch war folgendes:

Berichterstatter. Glauben Sie, daß wir in den südlichen Staaten bessere Zeiten haben werden?

General. Gewiß. Die Baumwollenernte ist dies Jahr eine sehr große gewesen und wir werden bald mit unserem eigenen Capital arbeiten können.

B. Werden wir einen neuen Krieg bekommen, falls Seymour erwählt werden sollte?

G. Darüber kann ich nichts mit Bestimmtheit sagen, aber ich glaube, daß, wenn er erwählt wird, alle jene alten Streitpunkte wieder erneuert und wir Trubel haben werden. Jedoch ich glaube nicht an seine Erwählung.

B. Was ist ihre Ansicht über Gen. Grant?

G. Der ist mein Mann. Ich halte ihn für einen Ehrenmann. Ich traf mit ihm in West-Point zusammen. Ich glaube, daß ihm jede Niedrigkeit fremd ist. Sein Schweigen ist großartig.

B. Eine Frage möchte ich noch an Sie stellen. Was sagen Sie von den Negern?

G. Ich bin bereit, Ihnen darüber Alles zu sagen, was ich weiß.

B. Wird der Neger seine Arbeits-Contracte halten?

G. Ich will meine eigene Erfahrung geben Meine Leute haben brav gearbeitet. Sie haben gerne, wenn ein Weißer zu ihnen auf das Feld hinauskommt und ihnen sagt, was zu thun ist. Es gab im Süden immer eine Klasse von Faulpelzen, die in ihren Häusern sitzen blieben und ihre Befehle ausgaben. Diese Leute verdienen es, Trubel zu haben.

B. Was sagen Sie zu Negern als Geschworene zu Gericht?

G. In einigen Fällen ist das schlimm, z. B. wo es sich um Rechnungen handelt, die eingeklagt werden. Die Neger sind im Allgemeinen in verwickelten Geschäftssachen unwissend. So jedoch ein Distrikt geneigt ist, ihnen gerecht zu werden, so können die Geschworenen zur Hälfte aus Weißen, zur Hälfte aus Schwarzen bestehen. Die Schwarzen lernen rasch ihre Stellung würdigen.

B. Ist irgend welche Gefahr einer Negerherrschaft im Süden?

G. Niemals, es ist lächerlich, daran zu denken. Die Neger können nie mächtiger werden als sie jetzt sind, und die Weißen im Süden wissen das selbst am Besten, aber sie lassen sich von den Politikern irre leiten.

B. Was denken Sie von den Reconstruktionsakten?

G. Ich rathe meinen Freunden sie anzunehmen, in die Union einzutreten und sich zu bemühen, Friede und Gedeihen zuwege zu bringen. Ich erklärte dem Volke in Alabama, daß sich Alles schon machen werde, wenn sie sich nur nicht von den Politikern verleiten ließen.

B. Und Sie sind der Ansicht, daß sich Alles noch zum Guten wenden werde?

G. Das glaube ich. Die Ernten sind vortrefflich; die Baumwollen-Ernte ist allein 200 Mill. Dollars werth. Das ist ein Schritt, um das gewünschte Ergebniß zu erzielen. Chase war mein Mann. Ich glaube, er wäre erwählt, so man ihn nominirt hätte. Die südliche Bevölkerung würde sich um ihn geschaart haben, ohne zu wissen. Für Seymour kann ich nicht stimmen. Aber gleichviel, ich glaube, daß bessere Zeiten nicht mehr fern sind.

☞Die „Boys in Blue" sind sämmtlich treue Unionssoldaten, welche für die Sache der Freiheit im letzten Kriege fochten, und die jetzt unter demselben Banner bei der nächsten Wahl wieder streiten werden. Ihre Organisation ist eine der mächtigsten unter allen republikanischen Clubs.—Die „White Boys in Blue" heißt eine demokratische Organisation. Kürzlich forschte man nach den Antecedentien der Mitglieder einer Compagnie der „White Boy in Blue" und fand, daß nur ein Mitglied Soldat gewesen war. Da kann es allerdings nicht verwundern, daß die „White Boys" Demokraten sind, und daß man ihre Organisation für einen demokratischen Humbug an sieht. Dies ist die Meinung aller Soldaten, welche wirklich dem Feinde, den Rebellen, von Angesicht zu Angesicht im Felde gegenüber standen.

☞Schlechte Taktik. Nichts ist einfältiger, als wenn demokratische Preßbengel und Stumpfschreiber den Erfolg ihrer Sache dadurch zu fördern wähnen, daß sie auf General Grant, Carl Schurz und andere hervorragende Größen der republikanischen Partei schimpfen. Sie mögen die Principien bekämpfen, deren Vertreter jene ausgezeichneten Männer sind, aber einen General Grant als Dummkopf und schlechten General, einen Carl Schurz als Einfaltspinsel zu bezeichnen, der für Geld gegen seine Ueberzeugung schwatzt—das ist zu dumm und verfehlt vollständig den Zweck. Der Mops wenn er den Mond anbellt, macht sich nur lächerlich, nicht nur in den Augen verständiger Menschen, sondern sogar in denen seiner Mitmöpse.

☞Ein Schwager von Gen. Lee für Gen. Grant.—Robert Bolling, ein angesehener Virginier und durch Heirath mit der Familie des Rebellengenerals Robert Lee verwandt, hat sich öffentlich für Grant und Colfax erklärt.

Er sagt in seinem Schreiben, daß der Frieden und das Glück des ganzen Landes und der Fortbestand der Union im gegenwärtigen Augenblick mehr bedroht sind, als im Jahre 1860 daß eine Sklaverei viel unerträglicher, als je in Virginien existirt, weil keinen Bewohner Virginiens, sei er weiß oder schwarz, Eingeborener oder Adoptivbürger, das Recht der Redefreiheit gestattet werde. Von den schändlichsten Denunciationen, Verläumdungen, Drohungen werde Jeder im politischen, wie socialen Leben verfolgt, der eine andere Meinung hege, als die der herrschenden demokratischen Partei. Von der Erwählung Grant's hängt nach seiner ehrlichen Ueberzeugung der Frieden und das Glück des Landes ab.

☞Die „Chicago Tribune" sagt: Daß die bessere Classe der Israeliten sich nicht von dem Copperhead-Gezisch und dem demokratischen Geheul über General Grant habe ihre führen lassen das geht aus der Thatsache hervor, daß drei aus den vier gebildeten Israeliten die Präsidentschaft Grants und zwar allen Ernstes und von Herzen unterstützen. Das Haupt der großen Gerber-Association in Chicago ist ein Israelit. In einer Gerber-Association auf der Südseite befinden sich 45 Israeliten, in einer andern 36 Mitglieder jener Race. In der gesammten Gerber-Association von Chicago befinden sich nicht weniger als 600 israelitische Stimmgeber; und man weiß, daß wenigstens 100 der jüdischen Gerber vor der Nomination Seymours und Blairs, Demokraten waren. Aber wie könnte jene klügste, conservativste und friedenliebendste Race anders als sich der aufgehenden Sonne Grants zuwenden, nachdem das revolutionäre Programm der Neu-Yorker Convention ihnen in Seymour und Blair kein glückverheißendes Gestirn, sondern den drohenden, Krieg und Unheil verkündenden Cometen erblicken ließ.

Pittsburg, Pa, 9. Sept. Am Samstag wurde Madame Dake, die Gattin des Dr. B. Dake, auf Veranlassung eines Hallunken arretirt, dessen Annäherung sie zurückgewiesen hatte. Der Polizeidiener der sie arretirte, hatte die Frechheit, ihr auf offener Straße die Handschellen anzulegen und die Dame nach der Polizeistation zu schleppen. Zufällig befand sich Mayor Blackburn gerade auf der Polizeistation. Er ließ Madame Dake sogleich entfesseln und in Freiheit setzen und dann ordnete er die Verhaftung des Polizeidieners, der sie arretirte, und des Subjects, von dem sie angeschuldigt worden war an. Bald verbreitete sich das Gerücht von dem Arrest und der der Dame widerfahrenen Mißhandlung in der Stadt, bald befand sich ganz Pittsburg in Gährung. Die Polizeidiener, die sich auf den Straßen sehen ließen, wurden angegriffen und mit Verwünschungen überhäuft, die Unzufriedenheit mit der Polizeimannschaft macht sich in lauten Aeußerungen Luft. Ein über die der Madame Dake widerfahrene schmachvolle Behandlung empörter Volkshaufe belagerte das Amtslokal des Mayors am Sonntag Vormittag und der Mayor sah sich genöthigt, herauszutreten und beschwichtigende Worte an die Volksmenge zu richten. Er sagte den Leuten, daß er den Polizeidiener, der die Dame arretirt und gefesselt hat, mit Dienstesentlassung bestraft habe und daß der Schuft, welcher boshafter Weise die Verhaftung der Madame Dake angezettelt hatte, unter Bürgschaft gestellt worden sei und späterhin für seinen Frevel zur Verantwortung und Strafe gezogen werden wird.

Das deutsche Schul-Projekt einen Schritt vorgerückt.

Vorletzten Freitag fand eine Spezial-Versammlung des Boards der Schul-Controller statt, in welcher die Petition von gegen 600 Bürgern um Einführung der deutschen Sprache in den öffentlichen Schulen vorgelegt und durch ein Committee die Wünsche der Bittsteller erläutert und gleichzeitig die Pläne mitgetheilt wurden, nach welchen in anderen Städten die Einführung dieses Unterrichtszweiges stattgefunden. Die Controllers, von denen nur einer fehlte, zeigten sich der Bewilligung des Petitionirten-durchaus nicht abgeneigt, hielten es aber für ihre Pflicht, sich noch auf andere Weise von dem Wunsche der Eltern der schulpflichtigen Kinder zu überzeugen und faßten zu diesem Ende den folgenden Beschluß:

„Daß der städtische Superintendent aufgefordert ist, diesem Board sobald als thunlich die Zahl, Namen, Alter und Qualifikationen solcher Schüler zu berichten, welche jetzt die Grammar Schule und die letzte Jahr Klassen der öffentlichen Schulen besuchen und wünschen, Unterricht in der deutschen Sprache zu nehmen."

Dieser Beschluß spricht für sich selbst. Die Schul-